



## Mitteilungen aus dem Bundestag | DR. PANTAZIS berichtet - 11.11.2023

Liebe Freundinnen und Freunde,  
Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer,  
Liebe Braunschweigerinnen und Braunschweiger,

ich befinde mich auf dem Rückweg nach Braunschweig, zurückblickend auf eine ereignisreiche Sitzungswoche, die von dem Gedenken an den 9. November. Ob im Jahr 1848 (Scheitern der Märzrevolution), 1918 (Novemberrevolution), 1923 (Hitler-Ludendorff-Putsch), 1938 (Novemberpogrom) oder 1989 (Fall der Berliner Mauer): Der 9. November ist ein höchst ambivalenter, vielschichtiger Tag in der deutschen Geschichte. Jedes Jahr fallen hier Feier- und

**Gedenkstunden** zusammen. In Anbetracht der jüngsten Ereignisse in Nahost, lag der Fokus unseres Gedenkens am 9. November vor allem auf den abscheulichen Geschehnissen vor 85 Jahren, als in ganz Deutschland Synagogen angezündet, Mitbürgerinnen und Mitbürger jüdischen Glaubens angegriffen und ihre Häuser und Geschäfte zerstört wurden.

Seit dem terroristischen Oktoberpogrom der Hamas auf Israel fühlen sich unsere Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens auch in Deutschland wieder bedroht. Ausgerechnet hier, fast 80 Jahre nach dem Holocaust. Der 9. November erinnerte in dieser Woche in bitterer Weise an eine Wegmarke der Auslöschung jüdischen Lebens hierzulande. Gerade vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung, die aus dieser Schuld erwächst, müssen wir uns antisemitischem Hass mit aller Deutlichkeit entgegenstellen und ihn mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen - strafrechtlich und gesellschaftlich.

Dies bedeutet zum einen, keine **judenfeindlichen Parolen** auf unseren Straßen zu dulden und jeden Jubel über Terrorangriffe zu unterbinden und zu ahnden. Es bedeutet zudem, terroristische Organisationen und solche mit antisemitischer Programmatik zu verbieten. Und es bedeutet, dass wir staatlicherseits aktiv und verlässlich die zivilgesellschaftlichen Organisationen und deren Ehrenamtliche unterstützen, die sich gegen Antisemitismus und für ein friedliches, respektvolles Miteinander einsetzen.

Dazu muss das **Demokratiefördergesetz** jetzt schnell kommen. Jüdisches Leben zu schützen, ist für uns nicht nur eine unbedingte Notwendigkeit - sie ist elementarer Bestandteil unserer **Staatsräson**. Dieses Schutzversprechen gilt es, gerade in schwierigen Zeiten mit Leben zu füllen. Es ist unsere Haltung, unser Selbstverständnis und unser Handeln: Nie wieder ist jetzt!



Am Donnerstag war es mir ein persönliches Anliegen von Berlin nach Braunschweig anzureisen, um gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der **Stadt Braunschweig**, der **Fraktionen im Rat der Stadt**, der **Jüdischen Gemeinde Braunschweig**, der **Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit**, der **Deutsch-Israelischen Gesellschaft** sowie der **Gewerkschaften und zahlreicher Organisationen** den Opfern der Pogromnacht sowie des Nationalsozialismus zu gedenken.

Bei der **Kranzniederlegung** an der Gedenktafel für die ehemalige Synagoge in der Alten Knochenhauerstraße haben Susanne Hahn für die **SPD-Ratsfraktion** und ich als Vorsitzender der **SPD Braunschweig** als Zeichen unseres Erinnerns einen gemeinsamen Kranz niedergelegt.

Die Stadt Braunschweig und die Jüdische Gemeinde Braunschweig erinnerten im Anschluss mit einer gemeinsamen Veranstaltung in der **Dornse im Altstadtrathaus** an die Pogromnacht und die Zerstörung der **Braunschweiger Synagoge**.



## **Bund-Länder-Gipfel im Kanzleramt** **Fluchtmigration | Einigung erreicht**

Nach langen Verhandlungen hat sich Bundeskanzler Olaf Scholz mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten im Rahmen der **Ministerpräsidentenkonferenz (MPK)** beim Thema Fluchtmigration geeinigt. Insbesondere die Kosten für Asylbewerbende waren ein großer Streitpunkt.

Die nun erzielte Einigung stellt einen historischen **Paradigmenwechsel in der Flüchtlingsfinanzierung** dar. Trotz knapper Kassen konnte der Bundeskanzler den Ländern nicht nur eine Pauschale i.H.v. 7.500€ je Geflüchteten zusichern, sondern die Finanzierung zukünftig auch dynamisieren. Denn nun erhalten die Bundesländer nicht einen pauschalen Betrag, sondern einen gemessen an der Anzahl der aufgenommenen Geflüchteten.

Damit schaffen wir eine **erhebliche Entlastung und gerechtere Lastenverteilung für die Städte und Kommunen**, die für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbenden sorgen. Ich habe aber die klare Erwartungshaltung, dass die Länder die Bundesmittel auch eins zu eins an die Kommunen weitergeben.

Neben weiteren Erfolgen, wie **beschleunigte Verfahren und mehr Rückführungen bei unrechtmäßigen Aufenthalten** sollen auch die **Bundesgrenzen besser geschützt** werden. Alles zusammen stellt die nun eingeleitete Asylwende ein starkes Zeichen in schwierigen Zeiten dar. Ab sofort ziehen Bund und Länder an einem Strang, um der irregulären Migration entschieden zu begegnen.

Zeitweise schien es, als seien die Verhandlungen aufgrund neuer Forderungen einzelner Bundesländerchefs gefährdet. Derartige Themen bieten jedoch keinen Platz für parteipolitische Inszenierungen. Stattdessen solle man sich an Sachthemen orientieren.

Das gute **Verhandlungsgeschick** unseres Bundeskanzlers **Olaf Scholz** hat diese Einigung erst ermöglicht. Während andere nur reden, liefert Olaf Scholz!



## 07.11.2023 | Fluchtmigration - Bund-Länder-Einigung erreicht

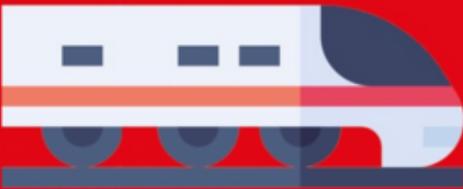
### Das Deutschlandticket muss bleiben!

Im hitzigen Diskurs über die Zukunft des Deutschlandtickets haben die Länder entschieden, das Angebot fortzusetzen und dem Bund einen **Vorschlag für 2024** unterbreitet. Unser Ministerpräsident **Stephan Weil** verkündete am Montag in Berlin, dass die Länder sich vorstellen könnten, ungenutzte Mittel aus diesem Jahr auf das nächste zu übertragen, vorausgesetzt der Bund ist dabei. Diese Herangehensweise legt den Grundstein dafür, dass das Ticket auch im kommenden Jahr eine Fortsetzung finden kann.

Ich persönlich werde mich für eine gesicherte Fortsetzung des Deutschlandtickets nach Kräften einsetzen!

**DAS DEUTSCHLANDTICKET:  
SEIT SECHS MONATEN  
AN BORD**

-  **Insgesamt 10 Millionen Nutzer:innen**  
davon 10% Neukund:innen
-  **Ein Ticket für alles:** Noch nie war es so einfach,  
von Ort zu Ort zu reisen
-  **5% aller Fahrten mit dem Deutschlandticket**  
wären **sonst mit dem Auto** gemacht worden



**SPD** Soziale Politik für Dich.

Quelle: Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV)

## Botschaften der Wochen

### Digitalisierung im Gesundheitssystem

Durch mehr und sichere Digitalisierung sorgen wir dafür, dass die Gesundheitsversorgung für Patient:innen einfacher, besser und transparenter wird. **Ab 2025** wird dazu allen gesetzlich Versicherten eine elektronische **Patientenakte (ePA)** zur Verfügung gestellt, sofern sie nicht widersprechen. Hier werden beispielsweise Arztbriefe, Befunde und Röntgenbilder digital gespeichert. Auch Angaben etwa zu Vorerkrankungen und Allergien sowie eine aktuelle Übersicht

über einzunehmende Medikamente sind in der ePA gespeichert. Dadurch können unnötige Mehrfachuntersuchungen sowie Arzneimittelwechselwirkungen vermieden werden.

Versicherte können die **ePA per App oder als PC-Version** nutzen. Alle Daten sind verschlüsselt und können nur von den jeweiligen Versicherten und von ihnen freigeschaltete Ärzt:innen eingesehen werden. Der Datenschutz wird also eingehalten. Auch für privat Versicherte wird es eine ePA geben, sofern die jeweilige private Krankenversicherung diese anbietet.

**Ab Januar 2024** wird zudem **das E-Rezept** flächendeckend etabliert und verbindlich. Es soll das Papierrezept perspektivisch ersetzen. Mit dem E-Rezept können Rezepte in Apotheken über die elektronische Gesundheitskarte oder über eine App eingelöst werden. Wir stärken zudem die sogenannte assistierte Telemedizin in Apotheken - Patient:innen können sich dort zu telemedizinischen Leistungen beraten und helfen lassen.



### **Kindergrundsicherung & Gleiche Chancen für alle Kinder**

Kein Kind soll in Armut aufwachsen. Wir werden eine **Kindergrundsicherung** einführen, die Kinder aus der Armut holt und bessere Chancen für Kinder und Jugendliche schafft. Im ersten Schritt haben wir zum 1. Januar 2023 die Kinderregelsätze im Bürgergeld sowie den Kinderzuschlag erhöht und das Kindergeld auf 250 Euro pro Monat angehoben.

Mit der Kindergrundsicherung wollen wir **ab 2025** die Familienförderung gerechter und einfacher machen: mit einem festen Kindergarantiebtrag von **250 Euro** und einem einkommensabhängigen Zusatzbetrag, der nach der finanziellen Situation der Eltern gestaffelt ist. Die neue Leistung soll zielgenau, leicht zugänglich und möglichst unbürokratisch sein. Bis zu **5,6 Millionen Kinder** sollen mit dem neuen Kinderzusatzbetrag direkt erreicht werden - darunter viele Kinder, deren Eltern derzeit aufgrund von komplizierten Anträgen oder unübersichtlichen Leistungen keine Förderung in Anspruch nehmen. Das ist ein großer Schritt in der **Armutsbekämpfung**.

Als SPD-Fraktion werden wir in den parlamentarischen Beratungen die konkrete Umsetzung der Inanspruchnahme der Kindergrundsicherung für die Familien genau ansehen. Die Kindergrundsicherung muss für alle Familien so niedrighschwellig und transparent wie möglich sein. Nur dann erreichen wir auch unser Ziel: Dass jedes Kind in Armut eine angemessene Förderung erhält.

Es geht uns aber nicht nur um die materielle Absicherung, sondern auch darum, allen Kindern und Jugendlichen gute Chancen auf beste Bildung und soziale Teilhabe zu ermöglichen. Deswegen verbessern wir die Qualität der Kitas, bauen die Ganztagsbetreuung an Grundschulen aus und helfen Schulen in benachteiligten Regionen mit dem **Startchancenprogramm**.

**KEIN KIND SOLL IN ARMUT AUFWACHSEN!**

Mit der **Kindergrundsicherung** wollen wir ab 2025 die **Familienförderung gerechter und einfacher** machen:

- mit einem **festen Kindergarantiebtrag von 250 Euro**,
- sowie einem **einkommensabhängigen Zusatzbetrag**, der nach der finanziellen Situation der Eltern gestaffelt ist.

**Bis zu 5,6 Millionen Kinder sollen mit dem neuen Kinderzusatzbetrag direkt erreicht werden!**

**GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE KINDER!**

Wir wollen, dass alle Kinder eine **optimale Förderung** erhalten, etwa durch:

- bessere **Kitas**,
- ausgebaute **Ganztagsbetreuung an Grundschulen**,
- sowie **10 Milliarden Euro für Schulen** in benachteiligten Regionen.

## Strompreisentlastungen | Betriebe profitieren

Die Fortschrittskoalition hat sich auf **umfassende Strompreisentlastungen für das produzierende Gewerbe** geeinigt. Unser Bundeskanzler betont dabei die massive Entlastung und die radikale Senkung der Stromsteuer, was eine Unterstützung von bis zu **zwölf Milliarden Euro** im nächsten Jahr bedeutet.

Das Problem liegt im hohen Strompreis, der sich seit dem Ukraine-Krieg noch verschärft hat. Im Vergleich zu vielen anderen Ländern ist dieser in Deutschland - aufgrund von Steuern, CO<sub>2</sub>-Bepreisung und geringen Erträgen aus erneuerbaren Energien - erheblich höher. Die Bundesregierung hat sich daher auf konkrete **Maßnahmen**, darunter die **Senkung der Stromsteuer** für produzierende Unternehmen und die **Verlängerung sowie Ausweitung der Strompreiskompensation** verständigt.

Diese umfassenden Strompreisentlastungen stellen einen bedeutenden Schritt in Richtung wirtschaftlicher Stabilität und Unterstützung des produzierenden Gewerbes dar. Somit ergreift die Bundesregierung unter Olaf Scholz gezielte Maßnahmen, um die **Belastungen der Industrie zu mindern** sowie die **Wettbewerbsfähigkeit zu stärken**.



## Gesundheitspolitik | Im Dialog mit Experten & Verbänden

Als gewählter Bundestagsabgeordnete ist es meine **Aufgabe** und zugleich **Verpflichtung**, Gesetze so zu gestalten, dass sie für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Deutschland Verbesserungen mitbringen. Wichtig ist daher, jedes Gesetzesvorhaben stets von unterschiedlichster Seite eingehend zu beleuchten und gleichzeitig Vorhaben und Pläne transparent zu kommunizieren.

Diese Woche habe ich mich mit dem Institut für **Gesundheitssystem-Entwicklung**, der **Deutschen Gesellschaft für Chirurgie**, dem **Konzernbetriebsausschuss der Asklepios Kliniken** und dem **Katholischer Krankenhausverband** über die Zukunft der stationären Versorgung ausgetauscht.

Denn fest steht: Nur gemeinsam können wir die Krankenhauslandschaft weiterentwickeln und zukunftsfest gestalten. Ich danke daher für den guten und fruchtbaren Austausch!



“Mitteilungen aus dem Bundestag | DR. PANTAZIS berichtet” erhebt - wie immer - nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Wenn du Fragen, Anregungen oder Kritik haben solltest, zögere bitte nicht, mich telefonisch unter Tel.: +49 531 4809 822 | Fax.: +49 531 4809 850, per Mail unter [christos.pantazis@bundestag.de](mailto:christos.pantazis@bundestag.de) oder postalisch unter Wahlkreisbüro DR. PANTAZIS MdB | Schloßstraße 8 | 38100 Braunschweig zu kontaktieren.

Herzliche Grüße

Dein

Dr. Christos "Kitto" Pantazis